

Für ein starkes Nordrhein-Westfalen in einem starken Europa

Politischer Appell an das neugewählte Europäische Parlament,
an die Europäische Kommission und an die Mitgliedstaaten der Europäischen Union an-
lässlich der auswärtigen Kabinettsitzung
der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen
am 18.06.2019 in Brüssel

Das europäische Friedensprojekt ist eine Erfolgsgeschichte. Die EU ermöglicht den Mitgliedstaaten im 21. Jahrhundert, die Herausforderungen bei Klimawandel, Sicherheit und Migration gemeinsam zu bewältigen, die Chancen bei der klimaneutralen Transformation der Industrie, Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und globalem Wettbewerb zu ergreifen und zu gestalten. Nur gemeinsam können wir unsere europäischen Interessen in der Welt mit Gewicht vertreten und die Zukunft der EU im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gestalten.

Nordrhein-Westfalen ist mit seinen Grenzregionen und der international tätigen Wirtschaft und Wissenschaft ein Beispiel für das gelebte Europa. Seine Entwicklung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ist ohne die europäische Integration der offenen Märkte, ohne Grenzen, Handelsschranken und Zölle nicht denkbar. Nordrhein-Westfalen setzt sich deshalb in den kommenden Jahren für folgende europapolitische Kernbereiche ein:

1. Kern Europas: Demokratie und Rechte aller bewahren

Die EU ist eine Gemeinschaft der Demokratie und des Rechts. Sie muss die Prinzipien des Rechtsstaates, die Unabhängigkeit der Justiz, und die Pressefreiheit in allen Mitgliedstaaten sicherstellen. Hierzu zählt auch das Recht, sich in unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu engagieren.

2. Wettbewerbsfähigkeit und Innovation: Europa an der Spitze halten

Die EU muss auch zukünftig in Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung eine weltweite Führungsrolle innehaben. Dazu muss die Europäische Union wettbewerbs- und innovationsfreundliche Bedingungen schaffen und gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Das gilt insbesondere für eine moderne, technologieoffene Energieerzeugung und -speicherung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Die EU sollte bestrebt sein, Vorreiter bei der Vereinbarkeit eines verantwortungsbewussten Umgangs mit persönlichen Daten und ethischen Aspekten mit technischer Innovationsfreude zu sein. Nordrhein-Westfalen mit seiner vielfältigen und exzellenten Hochschul- und Forschungslandschaft will hierbei eine Vorreiterrolle übernehmen. Politik für eine wettbewerbsfähige Industrie muss künftig eine stärkere Rolle spielen. Insbesondere darf das europäische Beihilferecht die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Stärkung wettbewerbsfähiger Unternehmen in Europa nicht verhindern.

3. Klima, Umweltschutz und Energie: Verbindung von erfolgreichem Klimaschutz und starkem Wirtschaftsstandort

Nordrhein-Westfalen steht zu den Klimazielen von Paris. Die Bewältigung des Klimawandels und der Artenschutz sind zentrale Herausforderungen für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt. Der Anspruch Nordrhein-Westfalens ist es, Vorreiterland bei der Verbindung

von erfolgreichem Klimaschutz und starkem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu sein. Eine moderne, europäisch angelegte und auf die kommenden Generationen ausgerichtete Klima- und Energiepolitik muss mit wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit und bezahlbarer, sicherer Energieversorgung in Einklang gebracht werden. Energiebedarfe und –versorgung müssen von einer gesamteuropäischen Perspektive aus gedacht werden. Die erforderliche Weiterentwicklung mit Hilfe von u.a. Interkonnektoren sowie Innovation sollte im Einklang mit einem modernen Europäischen Beihilferecht stehen. Für die Verbindung von erfolgreichem Klimaschutz und einem starken Wirtschaftsstandort ist für Nordrhein-Westfalen zudem eine gut funktionierende grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur insbesondere auch in den Bereichen der Schiene und Wasserstraße unerlässlich.

4. Strukturwandel: neue Chancen ergreifen

Nordrhein-Westfalen leistet durch den Ausstieg aus der Kohle einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Den Strukturwandel begreifen wir als Chance, Neues zu schaffen und Zukunft zu gestalten. Viele andere europäische Kohleregionen stehen vor derselben Herausforderung. Die Bewältigung dieses Transformationsprozesses ist für den Erhalt der ökonomischen und sozialen Stabilität in der gesamten Europäischen Union unabdingbar. Den Auswirkungen auf Beschäftigung und Wertschöpfung muss mit der Ermöglichung neuer Perspektiven für Wohlstand und Beschäftigung begegnet werden. Die EU muss den Strukturwandel in den Kohleregionen deshalb insbesondere im Rahmen ihrer zukünftigen Kohäsions- und Beihilfepolitik angemessen unterstützen. Für Nordrhein-Westfalen ist eine gute Zusammenarbeit mit allen EU-Entscheidungsträgern dabei unerlässlich.

5. Vertrauen der Bürger: äußere und inneren Sicherheit schaffen

Die EU und ihre Mitgliedstaaten können nur gemeinsam wirksam die Verantwortung dafür übernehmen, dass ihre Bürgerinnen und Bürger sich weder von Außen noch von Innen bedroht fühlen. Die bisherigen Initiativen für den wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen und die gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und aller Formen der organisierten Kriminalität in der EU müssen deshalb weiter gestärkt werden.

6. Vereinigtes Königreich: Enge Beziehungen bewahren

Die Bande zwischen dem Vereinigten Königreich und Nordrhein-Westfalen sind besonders eng. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese engen Beziehungen auch künftig fortbestehen und unabhängig vom weiteren Gang des Brexit-Prozesses gestärkt werden.

7. Europäischer Finanzrahmen: Zeitnah Rechtssicherheit schaffen

Die EU muss zeitnah Klarheit über die finanziellen Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre schaffen. Nur so kann sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sichern und ihre Ziele zum Start der nächsten Haushaltsperiode 2021 umsetzen.

Alle Regionen mit ihren berechtigten Interessen müssen aus dem europäischen Haushalt förderfähig bleiben. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist aus Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen besonders förderungswürdig.

Für die Umsetzung der Programme ist die erhebliche Vereinfachung der bürokratischen Vorgaben unerlässlich.